

Korrespondent

für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießler



56. Jahrg.

Abonnementspreis: Vierteljährlich 65 P., monatlich 22 P., ohne Postbestellgebühr. Zur Postbezug. Erscheinungstage: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend. — Jährlich 150 Nummern.

Leipzig, den 24. Januar 1918

Anzeigenpreis: Arbeitsmarkt-, Versammlungs-, Vergütungsinrate usw. 15 Pfennig die Zeile; Käufe, Verkäufe und Empfehlungen aller Art 50 Pfennig die Zeile. — Rabatt wird nicht gewährt.

Nr. 10

Aus dem Inhalte dieser Nummer:

Papiernot und Papierverfeuerung: II. Ein neuer Warnruf der Zeitungsverlegerorganisation an die Reichsbehörden; III. Ein parlamentarischer Ausschuss zur Prüfung der Papierlieferungen an die Presse; IV. Die Presse über die Profesterversammlungen gegen die Papiernot; V. Zeitungsnot.

Das Buchgewerbe im Ausland: Österreich, — Ungarn, — Schweiz, Schweden, — Frankreich, — Rußland, — Amerika.

Ernährungswirtschaft: Das Problem der Kriegsmassenerzeugung; Die Nothilfe.

Korrespondenzen: Bauen, — Dessau, — Erlangen, — Frankfurt a. d. O., — Freiburg i. Br., — Gießen, — Göttingen, — Heilbronn, — Jena, — Leipzig, — München, — Nürnberg, — Regensburg, — Rostock, — Saarbrücken, — Schlesien, — Wittenberg, — Jilau.

Wandlungen: Von Buchdruckern im Kriege. — Die Buchdrucker als Schwere- und Schwerstarbeiter, — Buchdrucker im Gerichtsdiens, — Meßprüfung, — Gasperre, Kraft- und Lichtmangel als Vermehrung der Schwierigkeiten im Druckereibetriebe, — Unberechtigte Ertragsgewinne im Buchhandel, — Befriedigung zwischen Gewerkschaften und Kriegsernährungsamt, — Zur Verbesserung der Ernährungszulagen in Sachsen.

Papiernot und Papierverfeuerung

II. Ein neuer Warnruf der Zeitungsverlegerorganisation an die Reichsbehörden.

Am 16. Januar hat in Berlin der Vorstand des Vereins Deutscher Zeitungsverleger mit Vertretern der Kreisvereine gemeinsam gefast. Beratungsgegenstand war die Papiernot, die durch den Vorkauf der Gebilichkeit nun weit mehr zum Gegenstande der öffentlichen Aufmerksamkeit geworden ist. Im „Zeitungsverlag“ wird kurz gemeldet, daß diese Konferenz sich mit einer dringenden Eingabe an das Reichswirtschaftsamt als die direkt in Betracht kommende Stelle wandle, aus der der wesentlichste Teil folgendermaßen wiedergegeben wird:

Die deutschen Zeitungen stehen unmittelbar vor der Gefahr, ihre in dieser Zeit nicht wichtig genug einzuschätzenden nationalen Aufgaben nicht mehr erfüllen zu können. Wenn nicht mit den vorhandenen und möglichen Mitteln von maßgebender Seite eingeschritten wird, muß sich binnen kurzem die Papiernot zu einer Katastrophe auswachsen. Viele Zeitungen, insbesondere die nahe den Reichsorganen erscheinenden, werden in absehbarer Zeit ohne Papier sein, während jetzt schon die auf den denkbar kleinsten Bruchteil der Friedenslieferung herabgesetzte Verbrauchsmenge fast überall nicht mehr geliefert werden kann.

Nach den Feststellungen des Vereins Deutscher Zeitungsverleger, der beruflichen Vertretung der überwältigenden Mehrzahl der deutschen Zeitungsverlage, kann zweifellos die schlimmste Gefahr beseitigt werden, wenn sämtliche Zeitungsdruckpapierfabriken und diejenigen Fabriken, die Zellstoff, Holzstoff und Filze herstellen, aber nur soweit diese Stoffe zur Zeitungspapierherstellung dienen, hinsichtlich der Kohlenbelieferung auf die sogenannte V-Liste gesetzt und demgemäß auch wirklich in der Kohlenbelieferung als äußerst kriegswichtig behandelt und vorangestellt werden.

Die Notwendigkeiten dieses Eingreifens liegen auf der Hand. Die Zeitungspapierherzeugung nimmt im Verhältnis nur einen kleinen Teil des Kohlenbedarfs in Anspruch. Andererseits war, ganz abgesehen davon, daß viele Tausende von Existenzen auf dem Spiele stehen, wenn die Zeitungen auch nur vorübergehend zum Erliegen kommen, das ungehörige Erscheinen der gesamten deutschen Zeitungen nie dringender nötig als heute.

Das nach dem Umfange der Anlieferungen sich ergebende geringe Papierquantum kann also fast überall nicht mehr geliefert werden, der Zeitpunkt des völligen Zusammenbruchs ist sehr nahegerückt. Man kann sagen, das Verhängnis vollzieht sich mit mathematischer Genauigkeit.

Ob die Zeitungsverlegerorganisation mit ihrem scharfen Warnungssignal eine andre Antwort vom Reichswirtschaftsamt erreichen wird als die schlecht verbrämte Erklärung der Ohnmächtigkeit an das Reichsamt? In wer weiß wie häufiger Wiederholung wird dem Reichswirtschaftsamt gesagt, daß richtige Kohlenbelieferung der Papierfabriken kein Ding der Unmöglichkeit sein kann. Daß viele Tausende von Existenzen auf dem Spiele stehen, müßte ja schließlich auch nicht ohne Eindruck bleiben. Indes, wo

der Rüstungsbedarf zum Feilschismus geworden ist, predigt man lauten Ohren. Es werden deshalb ebenfalls noch stärkere Register gezogen werden müssen, wenn die Bedeutung der Presse nur davon abhängig gemacht wird, daß sie für gewisse Erfordernisse sich in nichtumzubringender Selbstlosigkeit opfert. Warten wir also das Ergebnis dieser Eingabe ab, um dann notwendigenfalls mehr zu sagen.

Das Vorgehen der Zeitungsverlegerorganisation selbst verdient Anerkennung.

III. Ein parlamentarischer Ausschuss zur Prüfung der Papierlieferungen an die Presse.

Im Hauptausschusse des Reichstags beantragte die Abgeordnete Goldstein (Fortschrittliche Volkspartei), Ober (Sozialdemokratische Partei), Erzberger (Zentrum), Prinz Schönbach (Nationalliberale Partei) die Einsetzung eines Unterausschusses von sieben Mitgliedern, der eine Prüfung der Papierbelieferung der verschiedenen Zeitungen durch die Reichsstelle vorzunehmen und dem Hauptausschusse darüber Bericht zu erstatten hat.

Diese kurze Meldung zu der Sitzung des Hauptausschusses vom 19. Januar ist nicht genau; wir haben sie in unserer Überschrift daher nach dem Zweckmäßigkeitstandpunkt ausgedeutet. Gewählt ist dieser Unterausschuss bereits, so daß die von den vier großen Reichstagsfraktionen ergriffene Initiative um so mehr zu begrüßen ist. Die Profestoren der Gebilichkeit im Buchdruck- und graphischen Gewerbe gegen die Papiernot dürfte nicht ganz ohne Einfluß auf das parlamentarische Vorgehen gewesen sein, dessen Notwendigkeit wir bekanntlich in unsern Artikeln auch hervorhoben.

Wir wünschen lebhaft, daß in den Unterausschuss nun auch Fachmänner gewählt sind, die der Reichstag an sich genügend aufweist, wenn uns auch deren Vertretung im Hauptausschusse nicht bekannt ist. Richard Fischer, der technische Leiter des „Vorwärts“, wurde von der Sozialdemokratischen Fraktion als sachkundiges Mitglied in diesen Ausschuss entsandt. Und dann erwarten wir mit Bestimmtheit ein entschiedenes Durchgehen dieses Unterausschusses gegenüber der Regierung und den Reichsstellen, damit als wirkliche Tatsache angesehen werden kann, daß die Wichtigkeit des Vorkaufes der Buchdruckereien und Zeitungsbetriebe für das allgemeine Interesse leitens der Reichsleitung nicht verkannt wird, wie es in der Antwort des Reichswirtschaftsamts an das Reichsamt heißt.

IV. Die Presse über die Profesterversammlungen gegen die Papiernot.

In Nr. 8 sagten wir bei einem vorläufigen Überblick von dem, was die Versammlungen am 13. Januar erbracht haben, in einigen Großstädten hätten es die Zeitungen an Beachtung dieser Profestebewegung fehlen lassen. Erfreulicherweise müssen wir uns damit selbst widerlegen. Wie selbst in mittleren und kleinen Druckorten die Kollegenchaft dem Rufe Folge leistete, gegen die immer schlechter werdende Papierverförmung ihre Stimme zu erheben, so hat auch die Presse überall von den Versammlungen Notiz genommen. Häufig sogar in selbständigen Artikeln, worin dann die Rede auf die Verantwortungen vom 13. Januar kam. Wir sind also nach dieser Richtung befriedigt.

Das gewerkschaftliche Zentralorgan, das „Korrespondenzblatt“, bringt in seiner neuesten Nummer eine größere Notiz. Der Buchdruckerverband sei in eine Bewegung gegen die Papiernot und Papierwucher eingetreten, die auf die Sympathien weitaus der Kreise rechnen könne. Der „Korr.“ wende sich mit mehreren sehr lehrreichen Aufsätzen gegen diese Zustände. Worauf kann Auszüge aus unsern Artikeln in den Anz. 4 und 5 folgen.

V. Zeitungsnot.

Der „Zeitungsverlag“ vom 18. Januar enthält unter dieser Schwärze wieder eine Zusammenfassung von allerlei Schwierigkeiten und Widrigkeiten, wie sie immer mehr die Regel werden bei der Zeitungsherstellung. Das

Verlagen von Gas- und Kraftlieferung bzw. die vielerorts eingeführten Sperrzeiten dafür vergrößern das Unheil natürlich noch beedeufend. Nachstehend in Ergänzung früherer Mitteilungen einiges über „moderne“ Zeitungsnotizen aus dem Organ des Vereins Deutscher Zeitungsverleger:

Das „Kamener Tageblatt“, das schon einmal wegen Mangels an normalem Druckpapier auf grünem Wackelpapier gedruckt werden mußte, erscheint neuerdings in rotgefärbtem Papier. Wegen Papiermangels erscheint das „Oberbarnimer Kreisblatt“ in Freienwalde nur zweifach. Die „Ostbairische Zeitung“ in Muna hat wegen Papiermangels die Ausgabe ihres Sonntagsblatts eingestellt. Der „Sainicher Anzeiger“ konnte am Mittwoch und Donnerstag vergangener Woche nicht erscheinen, weil die Stadt von der Oberlandzentrale Gröbriela keinen elektrischen Strom bekommen konnte. Wegen Ausbleibens der Post konnte das „Rügensche Kreis- und Anzeigenblatt“ in Putbus vom 3. Januar nicht erscheinen. Die „Anhaltische Sonntagszeitung“ konnte am 7., 9. und 10. Januar nur zweifach und mußte dazu am 11. und 12. auf gelbbraunem Papier erscheinen. Die „Embsche Zeitung“ brachte ihre Nummern 6, 7 und 8 (8., 9. und 10. Januar) grün, blau und braun heraus. In allen Farben des Regenbogens schillert seit Monaten der „Bote für Pommern“, ein evangelisches Sonntagsblatt. In Pommern erschienen ferner weiterhin wiederholt im Umfange von nur zwei Seiten die „Schwibbeiner Kreiszeitung“, das „Dramburger Kreisblatt“, die „Falkenburger Zeitung“, das „Polziger Tageblatt“, ferner das „Greifendorfer“ und das „Kamminer Kreisblatt“ und die „Swinemünder Zeitung“. Von der „Schwabe Zeitung“ erscheint seit mehreren Tagen eine gleichfalls nur zweifachige Notausgabe. Die „Frankfurter Nachrichten“ mußten am 7. Januar abends auf braunem, latiniertem Papier in zwei Dritteln ihres Formats, nur teilweise bedruckt, erscheinen. Die „Welfer Zeitung“ mußte einige Ausgaben in kleinerem Format drucken. Die weiterhin durchaus ungenügend bellesterten Berliner Blätter aber verließen unter den Transportstörungen der letzten Tage wiederholt noch eine halbe Stunde vor Druckbeginn noch nicht über die unbedingt benötigten Papiermengen.

Die kleinen wie die großen Blätter sind also gleich schlimm daran. Was von den Berliner Zeitungen gesagt wird, zeigt, daß in der Papierlieferung nach der Reichshauptstadt sich immer noch nichts geändert hat. Neuerdings helfen sich große und kleine Blätter auch mit Papier andern Formats, um überhaupt nur herauskommen zu können. Da sieht man denn ungleiche Kästchen: vier und drei Spalten oder Zeilen in beträchtlich kleinerer Gestalt. Es sind unerhörte Zustände, die nur noch eine Steigerung erfahren können, nämlich im Einkellen des Erscheinens. Dann werden die Behörden wohl doch merken, was die Presse zu bedeuten hat.

Das Buchgewerbe im Auslande

Österreich. Die Bestellung einer sogenannten Papierkommission wurde durch Verordnung der österreichischen Regierung verfügt. Diese Kommission besteht aus Vertretern einzelner Ministerien und der in Betracht kommenden Fachkreise. Das Handelsministerium wird ermächtigt, alle zur Sicherung des nötigen Papiers zweckdienlichen Maßnahmen zu treffen; darunter ist die Anmeldepflicht für Papier und Zellulose und die Sperre der Bestände vorgelesen.

Zur Befestigung der Papiernot richteten die nachstehenden Fachgruppen eine gemeinsame Eingabe an das Handelsministerium: der Niederösterreichische Gewerbeverein, der Verein der österreichischen Papierinteressenten, die Vereinigung der österreichischen Tageszeitungen, der Zentralverein der Zeitungsunternehmen, das Örtliche der Lithographen, Stein- und Kupferdrucker Wiens, die Genossenschaft der Buchbinder und Kartonnagemwarenerzeuger, der Verein der Buchbindermeister Wiens, der Klub der vereinigten Kartonnagemwarenfabrikanten und -erzeuger Wiens und die Genossenschaft der Papier-, Zeichen- und Schreibwarenhändler. Wo bleiben diese an der Befestigung der Papiernot interessierten Kreise in Deutschland? Sie überlassen es mit den bekannten Ausnahmen den Gebissen, Abwehrmaßnahmen von der Regierung zu fordern.

Zugelanges Nichterleiden der Wiener Setzungen war die Folge der hauptsächlich in Wien und Niederösterreich in der vorigen Woche ausgebrochenen politischen Streikbewegung. Ursachen dazu bildeten die Kürzung der Maßquote, also Ernährungsverhältnisse, und die in Presse-Klumpen zum Ausdruck gekommene Schwankung in den Lebensverhältnissen der Mittelmittel, also das allseitige Anheftensreiben unter militärischer Bedeckung. Nach beruhigenden Versicherungen der österreichischen Regierung sind die Wäfler vom 21. Januar an wieder erschienen.

Ungarn. Aus einer Übersicht der während der Kriegszeit errungenen Lohn- und Feuerungszulagen geht hervor, daß Ungarn, was deren Höhe anbelangt, sehr gut abgeschnitten hat. Allerdings fehlt das Land auch, wie das ungarische Verbandsorgan bemerkt, in bezug auf Feuerung und Wucherpreise obenan. Es gelang, im Wege der Vereinbarung Lohn- und Feuerungszulagen dreimal zu erhöhen, so daß in Budapest eine Erhöhung des Verdienstes um 68,58 Proz., in der Provinz von 89,18 Proz. zu verzeichnen ist. Die Steuererhöhung während des Krieges beträgt für Budapest 132,38 Proz., für die ungarländische Provinz 164,08 Proz. Die Setzungsleiter ergielten eine besondere Entschädigung für den Ausfall der Frühblätter an Montagen. Die Unterführung der Kriegsgopler der ungarischen Buchdrucker hat im Jahre 1917 aus dem von Buchdruckerbesitzern und Gehilfen gemeinsam gegründeten Fonds begonnen. Es erhalten die Wäfler gefällener Kollegen in Budapest je 12 Kr., in der Provinz je 15 Kr. monatlich.

Schweden. Über die Einschränkung des Papierverbrauchs hat, wie wir der „Selbstischen Typographic“ entnehmen, das schweizerische Volkswirtschaftsdepartement unterm 9. Januar eine Verfügung erlassen, in welcher in der Hauptsache folgendes bestimmt wird: Die im Lande gedruckten oder vervielfältigten Zeitungen, Zeitschriften oder andern periodischen Publikationen haben ihren Papierverbrauch vom 1. Januar 1918 gegenüber dem Jahre 1917 quartalsweise folgendermaßen einzuschränken: Publikationen mit Papierverbrauch pro 1917 von mehr als 60000 kg um 15 Proz., Publikationen mit Papierverbrauch pro 1917 von 12001 bis und mit 60000 kg um 10 Proz., Publikationen mit einem Papierverbrauch pro 1917 von 3001 bis und mit 12000 kg um 5 Proz., Publikationen mit einem Papierverbrauch pro 1917 bis und mit 3000 kg um 3 Proz. In gewissen Fällen wird die Einschränkung reduziert oder erhöht. Wo besondere Verhältnisse dies rechtfertigen, kann die Einschränkung durch Einzelverfügung reduziert oder aufgehoben werden. Andererseits bleibt eine Erhöhung der Einschränkung bis auf 70 Proz. in einzelnen Fällen vorbehalten. Behördliche Publikationsorgane, die ausschließlich amtliche Mitteilungen enthalten, unterliegen den erwähnten Einschränkungen nicht. Diese Verfügung trat am 1. Januar 1918 in Kraft.

Schweden. Eine gemeinsame Konferenz der drei skandinavischen Buchdruckerorganisationen in Göteborg, die ganz kürzlich stattfand, beschäftigte sich mit einer Reihe von Fragen, die auf möglichst Einheitslichkeit in den Verwaltungseinrichtungen dieser Organisationen hinausliefen.

Frankreich. In einzelnen Städten erwießen sich die Prinzipale zunächst recht widerhaarig gegenüber dem Verlangen der Gehilfen nach Feuerungszulagen. Am auf ihre Rechnung zu kommen und in Anbetracht der auch in Frankreich gewaltigen Verteuerung aller Materialien gaben die Prinzipale dem Publikum nunmehr bekannt, daß ihre Mindestpreiserhöhungen betragen beim Zeitungsdruck 35 Proz., beim Buchdruck 40 Proz. und beim Drucke von Ausgaben 70 Proz.

Rußland. Der Rat der Volkskommissare hat beschlossen, ein besonderes Tribunal für Preisvergehen zu schaffen. Die Preisverurteilungen sollen nicht etwa wegen der von ihnen vertretenen Anschauungen, sondern wegen Verbreitung falscher Nachrichten zur Verantwortung gezogen werden. Es sollen keine Personen, sondern die Druckereien als solche — Zeitungen, Zeitschriften, Bücher — haftbar gemacht werden. Es steht dem Verleger frei, einen beliebigen Vertreter zu diesem Tribunal zu entsenden. Als Strafen sind vorgegeben: Geldstrafen, öffentlicher Tadel, zeitweises oder gänzlich Verbot und in äußersten Fällen Konfiskation der betreffenden Druckerlei.

Amerika. Eine neue Lohnvorlage, die der Zweigverein New York der Typographical Union den dortigen Setzungsverlegern unterbreitete, verlangt eine tägliche Lohnverhöhung von 1 Dollar und außerdem eine Arbeitszeitverlängerung für die Nachtarbeiter und in der noch nicht befristeten dritten Schicht um eine halbe Stunde. Auch soll während der Monate Juli und August, in denen das Setzungsgebiet gewöhnlich am schwächsten beschäftigt ist, die Arbeit in allen Schichten um eine halbe Stunde reduziert werden.

Die Seker an den englischen Zeitungen in Montreal (Kanada) ergielten eine wöchentliche Lohnverhöhung von 3 Dollar für Tag- und 4,50 Dollar für Nachtarbeiter; ferner wurde das Berechnen in diesen Zeitungen abgeschafft. In seiner Ausgabe vom 8. Dezember schrieb „The Cleveland Citizen“: „Zweimalwöchentlich stehen in Frankreich errichtet worden, um die Gräber von Mitgliedern der International Typographical Union zu markieren, die im jetzigen Kriege getötet wurden. Sie waren alle Teilnehmer des kanadischen Expeditionskorps. Das Begräbnisgeld, das an die Hinterbliebenen gefallener Mitglieder bezahlt wurde, stellte sich bis Ende Mai 1917 auf 12225 Dollar.“ Wenn — was wir natürlich nicht wünschen wollen — die amerikanische Union im jetzigen Kriege so viele Opfer zu beklagen hätte wie unser deutscher Verband, dann würde sie jedenfalls nicht in der Lage sein, Sterbegeld für gefallene Mitglieder zu gewähren.

Ernährungswirtschaft

Das Problem der Kriegsmassenpeilung.

Mit dieser Frage hat sich der „Agr.“ einige Male schon beschäftigt; kurz nur, eigentlich zu kurz in Anbetracht der Bedeutung des Themas. Deshalb soll die Sache einmal einer näheren Betrachtung unterzogen werden. Soweit es der Raum zuläßt, natürlich.

Es ist tief bedauerlich, daß die Massenpeilung gerade in diesem Kriege die Probe aufs Exempel nicht bestehen kann. Zum Teil rächt sich die verlébte Ernährungslosigkeit auch hierin. Aber auch sonst mangelt es in jeder Beziehung, wie die Berichte aus den verschiedenen Städten beweisen. Selbst das notwendige Gebot der gesundheitslischen Zubereitung läßt zu wünschen übrig.

Von verschwindenden Ausnahmen abgesehen, glaubt man schließlich in der alten „bewährten“ Schwadone weitermachen zu können. Daß da der größte Teil der Bevölkerung, der ordnungsgemäß zubereitete häusliche Stoff gewöhnt ist, nicht mißmacht oder nur nocheinmal an den Speisungen teilnimmt, wenn der Lebensmittelmarkt gänzlich verlagert, ist leicht begreiflich. Das Publikum wird sich auch weiterhin zurückhalten verhalten, wenn nicht durchgreifende Verbesserung eintritt! Ein körperlich angestrengt arbeitender Mann kann sich selbstverständlich nicht mit einem Himmelfahrtsbüchlein abfinden, und auch ein geistiger Arbeiter verlangt mehr.

Es ist denn wirklich so schwer, den Durchschnitt des Kostmaßes der in Betracht kommenden Besucher der Speiseanstalten festzustellen, oder macht man sich absolut kein Gewissen daraus, ob das Essen unzureichend ist oder nicht? Im Interesse der öffentlichen Gesundheitspflege müssen Staat oder Kommunen für die sanitär richtige Zusammenstellung verantwortlich gemacht werden. Ob es nun Eintopfgerichte oder getrennt zubereitete Speisen sind, ist gleich. Die Speisen dürfen nicht zu dünn und müssen mit größerer Sorgfalt und gesundheitslich einwandfrei hergerichtet sein. Jedermanns Stachelnperle im Geschmacke kann natürlich nicht Berücksichtigung finden, aber es muß auch hierin nach allgemein anerkannten Grundrissen gehandelt werden. Wo bleibt hier das Wirken der Überwachungsanstalten, die doch wohl überall eingesetzt sind?

Auch bei knapper Zeit- und Fleischration läßt sich noch etwas Gutes schaffen. Man vertraue nur wirklich damit bewanderte gewöhnliche Personen und mache sie verantwortlich. Man läßt aber hierin Wünsche gerade sein und gibt sich keine Mühe, die Kunst der Allgemeinheit zu erwerben. Die Anstalten fragen auch mehr oder weniger Wohlthatigkeitscharakter, so daß das teilnehmende Publikum fast geduldet ist und froh sein muß, einen nicht zu teuren Zuluf zum Lebensunterhalte zu erhalten. Die Sachlage ändert sich aber; wenn nach dem Standpunkte des Reichsernährungsamts nicht nur Kartoffeln, auch Fleischmarken im vollen Umlange, sondern schließlich auch noch die Lebensmittelmarken aberverlangt werden. Die Teilnehmer müssen dann ein Recht auf reelle, kräftigende Mahlzeit haben, andernfalls kehren sie, wie bereits geschehen, in Massen der öffentlichen Speisung den Rücken und versuchen ihr Heil wieder in der Selbstbekämpfung, soweit es der durch den Schleichhandel entfaltete Lebensmittelmarkt gestattet. Wenn ihnen fast familiäre Lebensmittelmarken für die Massenpeilung oder Kriegsküchen abgenommen werden und die nach der Gegenleistung dafür suchen müssen, so daß manchmal förmlich von einem betrügerischen Verfahren gesprochen werden müßte, dann stehen sie sich trotz der im allgemeinen schlimmen Lage doch noch besser.

Aus belagerten Städten ging in Hamburg z. B. die Befeizungsziffer der Kriegsküchen auf unter die Hälfte und in den Mittelstandsküchen sogar bis unter den vierten Teil zurück. In vielen Städten, so auch in den Großberliner Gemeinden, findet deswegen keine Anrechnung der Nahrungsmittel statt und wird auch weiterhin nur ein Teil der Kartoffel- und Fleischmarken entwertet. Die Fabrikküchen und auch andere Anstalten fordern überhaupt keine Marken ab. In Darmstadt dagegen wird jede außerhalb der Häuslichkeit eingenommene Mahlzeit, also auch die in Gasthäusern, auf die Lebensmittelmarken angerechnet; in Frankfurt a. M. ist das wohl in gleichem Maße der Fall. Man sieht, es herrscht keine Einheitslichkeit; es ist gerade solche Ungleichheit wie in der übrigen Versorgung mit Nahrungsmitteln.

Wegen Materialmangel mußten auch viele Anstalten zeitweilig den Betrieb einstellen. Es war während der Zeit höchster Not, als die Folgen der verlébten Ernährungslosigkeit sehr kraß in Erscheinung traten und der Schleichhandel die üppigsten Blüten trieb. Der Ernst der damaligen Lage wird wohl auch dadurch zur Genüge gekennzeichnet, daß schon Anfang Dezember 1916 militärischerseits die Zwangsmassenpeilung in Erwägung gezogen wurde. Aus leichtverständlichen Gründen kam es aber nicht zur Durchführung. Allenthalben begegnet man der öffentlichen Speisung mit Mißtrauen. Und dann ist auch anzunehmen, daß man das Karntel für die Träger des total verfahrenen Ernährungssystems nicht machen wollte.

Nach einer Rundfrage des Kriegsernährungsamts Ende 1916 und Anfang 1917 hatten die Küchen an Zahl wohl zugenommen, aber die Einrichtungen wurden verhältnismäßig weniger benutzt. Die tatsächliche Befeizung der höchstmöglichen Leistungsfähigkeit gegenübergestellt, zeigt, daß sich die Teilnehmerzahl fast verdreifachen könnte, ehe die volle Leistungsfähigkeit erreicht würde. Die Frequenz hat sich inzwischen nicht gehoben, sondern ist eher, bei fortwährendem auf- und absteigendem Trends, noch zurückgegangen. Abendessen wird nur wenig verabfolgt, in Fabrikküchen jedoch durch Nachschichten zum vierten Teil. Von 563 deutschen Gemeinden hatten 472 im ganzen 2207

Einrichtungen zur Massenpeilung, von denen 1076 allgemeine Kriegsküchen, 116 Mittelstands-, 528 Fabrik- und 487 sonstige Küchen waren. Der Portions- oder Literpreis ist sehr unterschiedlich, teils durch glücklicheren Einkauf in aufgelassenen Bezirken, teils durch größere Zuschüsse der Gemeinden. Aber entgegengelehrt kennzeichnen sich die Ernährungsverhältnisse der Zulufgebiete, zumal der Großstädte, auch hier durch hohe Preise. Es werden 15—65 Pf. in Kriegs- oder Volksküchen und wohl nicht unter 1 Mk. in Mittelstandsküchen für die Portion Essen gezahlt. In Hamburg bezahlen Minderbemittelte und Arbeiterfamilien 20 Pf., sonst 40 Pf., bei 65 Pf. Feststellungskosten, was bei 100000 Portionen täglich einen Zuluf von 50000 Mk. und monatlich rund 1½ Millionen Mark ausmacht. In Berlin werden jeß durchweg 40 und 50 Pf. gezahlt. Die Zulufschüsse betragen hier jeß Einführung der Massenpeilung deshalb nur 1758000 Mk.

Im eigentümlichen Interesse haben sich inzwischen mancherorts die Krankenkassen gerührt. In Berlin wurde damit der Anfang gemacht. In Leipzig hat die Allgemeine Ortskrankenkasse im Verein mit andern Kassen eine gemeinliche Krankenküche errichtet, um während der Kriegszeit kräftige Krankenkassenmitglieder an ihre erwerbsunfähigen Mitglieder verabreichen zu können. Jedemfalls ist das eine Folge der mangelhaften öffentlichen Speisung und der unzureichenden Krankenversorgung.

Diese oder ähnliche Wege der Selbsthilfe bleiben aber vielen verschlossen, so daß sie sich resigniert in die Zwangslage fügen müssen. Das jeß angeknüpfte „strengere“ Vorgehen gegen Schleichhandel und Wucher wird auch die Massenpeilung, was Zubereitung anbetrifft, nicht verbessern helfen. Immerhin können aber die Gemeinden dadurch ausreichender und zu reellern Preisen mit Nahrungsmitteln versehen werden, so daß wirklich strenges Vorgehen doch wohl Rückwirkungen im verbessernden Sinn auf die Massenpeilung haben könnte.

Die Kochkiste.

Da die Massenpeilung der Arbeiterkassen nicht den notwendigen Rückhalt geben kann und zugleich aus Gründen der Sparamkeit insofern Gas- und Kohlenknappheit ist in jedem Haushalte der Gebrauch einer Kochkiste jeß zu empfehlen. Sie ist das Ideal derjenigen, die die jeß knappen und teuren Nahrungsmittel so weitgehend wie möglich ausnützen und die Nährstoffe reißlos der Ernährung zugänglich machen. Durch das langsame Garwerden werden alle Nährwerte erschlossen, die blubbenden Nährsäfte und der aromatische Ather werden festgehalten und die Beigabe von vielen nur köchlichen Gewürzen erübrigt sich. Fertig gekocht kann darin alles werden bis auf die Kartoffeln, „wozu vortrefflicher flottes Feuer“ benutzt wird. Der arbeitsfähige Frau hilft die Kochkiste über die Schwierigkeiten der Zubereitung warmen Essens am besten hinweg. Auch die zu Hause schaffende Frau kann sich unbelastet andern Arbeiten widmen, da sie ihr Mittagbrot zu bestimmter Stunde ganz gekocht weiß. Auch vor Feuergefahr durch Kinder ist sie sicher beim Verlassen der Wohnung.

Der Kochkiste kommt eine große Bedeutung zu; weshalb allerorts durch Behörden oder Vereine Beratungen eingerichtet sind. In Wiesbaden wurden schon im Jahre 1915 Model- und Stärkeküchen aus den köchlichen Lebensmittelpverkaufsstellen zu Kochkisten verarbeitet und zu nur 2,50 Mk. an Minderbemittelte abgegeben. Die Industrie hat sich die Anfertigung der Küchen aus Holz oder Eisenblech zunutze gemacht und brachte auch besondere Typen auf den Markt, aber alles zu jeß hohen Preisen, weshalb die Selbstherstellung empfohlen sein soll, die als bekannt vorauszusetzen ist.

Mühlenerzeugnisse und Hülsenfrüchte wie auch Obrrgemüse werden schon abends zuvor in dem zum Kochen bestimmten Topf und Wasser eingeweicht. Erst dann erfolgt das Ankochen: Hülsenfrüchte 25, Mühlenerzeugnisse 3—10, Gemüse 5—15 und Obst 5—10 Minuten vom Wallen an gerechnet. Die letzten 5—10 Minuten darf der Deckel nicht mehr gelüftet werden. Das Garwerden in der Kiste dauert je nachdem 2—5 Stunden. In heßig wallendem Zustande bringe man die Speisen so schnell wie möglich in die vorbereitete Kiste und schütte sie schnell. Bei Hülsenfrüchten empfiehlt sich auch ein zweimaliges An- und Auskochen, erstmalig abends, die Nacht hindurch, und dann früh bis zum Mittag, mit hitzigerer Ankochzeit. Die Hauptsache ist ein ausreichender Deckel, der die zum Garwerden notwendige Hitze nicht entweichen läßt. -s-

Korrespondenzen

Fr. Bauen. (Jahreshauptversammlung am 12. Januar.) Neben dem vom Vorsitzenden vorgelegten Jahresbericht und dem Berichte des Kassierers fand als wichtiger Punkt der Tagesordnung eine Eingabe an den Reichszentraler in Sachen der durch nichts zu rechtfertigenden Einschränkung des Druckpapiers zur Beratung. Eine vorgelegte Eingabe wurde von der Versammlung aufgegeben und ist auch bereits an die zukünftige Stelle abgeleitet worden. Die vorgekommenen Wahlen ergaben die einstimmige Wiederwahl des Gesamtvorstandes für 1918; es ist dies nicht dessen fünfstes Amtsjahr. Über diesen Punkten kamen noch einige minderwichtige Sachen zur Beratung, mit deren Erledigung die Versammlung ihr Ende erreicht hatte. — Anschließend hielt der Graphische Klub noch eine kurze Sitzung ab. Die zur Beratung stehenden Punkte fanden glatte Erledigung.

Dessau. In der am 13. Januar abgehaltenen Professe-verammlung gab Gauerwalder (Dr. Hils) (Halle) ein Bild über die unhaltbaren Zustände in der Papier-verföhrung der Zeitungs- und anderer graphischen Be-triebe und führte an der Hand reichen Materials aus, daß, wenn nicht bald ernste Maßnahmen der maßgebenden Stellen ergriffen würden, es zu einem Zusammenbrüche zahl-reicher Buchdruckereien kommen müßte. Die Anwesenden beschloßen einstimmig, eine Vorstellung an das Herzogliche Staatsministerium und an den Reichskanzler zu richten, in der um baldige Behebung der bestehenden Papiernot gebeten wird.

Erlangen. Sein 50jähriges Arbeitsjubiläum konnte unser Kollege Fris Steidel begehen. Aus diesem Anlasse wurden ihm vom Gau Bayern und der hiesigen Mittelschicht die besten Glückwünsche ausgesprochen und Geschenke überreicht. Der noch rüstige Jubilär hat sich viele Jahre in der Vorstandschafft betätigt.

Frankfurt a. D. In der am 13. Januar im „Gewerchschafshaus“ abgehaltenen Professeversammlung über die herrschende Papiernot, wozu die Mitglieder des ge-ramten graphischen Gewerbes eingeladen waren, hatten sich die Teilnehmer zahlreich eingefunden. Nach einem kurzen Vortrage des Vorstehenden wurde folgende Reso-lution einstimmig angenommen: „Anschließend an die von dem Tarifamt der Deutschen Buchdrucker an die Reichs-behöörden gerichtete Eingabe vom 10. November 1917 weisen wir Arbeiter des graphischen Gewerbes in Frank-furt a. D. auf die schweren Schädigungen hin, die durch die mangelhafte Papierbelieferung für unser wirtschaftliches und staatliches Leben entfallen sind. Insbesondere lenken wir die Aufmerksamkeit Eurer Exzellenz auf den übergroßen und unkontrollierbaren Papierverbrauch in den Felddruckereien, ferner auf die Verwendung von Spinnpapieren für Zwecke, die der ersten Richtung der gesamten Kriegs-wirtschaft zuwiderlaufen, und hoffen, daß sofort Maßnahmen getroffen werden, um drohenden Arbeiterentlassungen entgegenzuwirken.“

Freiburg i. B. Am 13. Januar fand hier in der Brauerei Sutter eine allgemeine Professeverlam-mung gegen die drohende Papiernot statt, zu der sich unsere Mitglieder und die Mitglieder des Buchbinderver-bandes, des Gutenbergbundes und des Graphischen Zentraverbandes zahlreich eingefunden hatten. Gauerwalder Linsenlaub hielt das einleitende Referat und führte u. a. aus: Der Krieg habe eine Reihe von Begleiterscheinungen-gebracht, die zur Not auszuweichen. Dazu gehöre auch die Papiernot, die Hand in Hand gehe mit der Kohlennot. Das Vorhandensein und die Tätigkeit der Reichsstelle für Druckpapier, der Reichsstelle für Papierholz, der Reichs-kommission zur Sicherung des Papierbedarfes, der Kriegs-wirtschaftsstelle für das deutsche Zeitungsgewerbe sowie des Reichsausschusses für Druckgewerbe hätten nicht zu verhindern vermocht, daß „eine Papierkatastrophe“ herein-gebrochen sei. Die Behörden, die die Zeitungen ständig in Anspruch nähmen und mehr oder weniger auf sie an-gewiesen seien, hätten in der Frage der Papierbeschaffung vollständig versagt. Nun stehe das Gespenst der Arbeits-lostigkeit, trotz der zahlreichen Einberufungen, drohend vor den Buchdruckergebilden und den Angehörigen der übrigen graphischen Berufe. Der Redner gestalte jedoch das Ver-halten der Papierfabrikanten und -isieranten, deren Profit-sucht unerlässlich sei und die sich der zarten Rücksichtnahme der Regierung erfreuen dürfen, und wies zum Schluß auf die politische, wirtschaftliche und kulturelle Bedeutung der deutschen Presse hin, deren Lebensnotwendigkeiten seitens der Regierung nicht verkannt werden sollten. In der Dis-kussion bemerkte Redakteur Weigmann, daß unter der Papiernot auch die redaktionelle Herstellung der Zeitungen außerordentlich erschwert sei. Es liege täglich eine große Fülle von Nachrichtenmaterial aus allen Ländern vor, aber es fehle der Raum, um sie unterzubringen. Und doch ver-lange der Leser gerade in der Gegenwart eine ausgiebige Berichterstattung über alle wichtigen Vorkommnisse. Da müßte gehütet und umgeschrien werden. Man betrachte in manchen Kreisen noch immer die Presse als notwen-diges Übel, aber Tatsache sei, daß kein Staatsbürger heute mehr ohne eine Zeitung leben könne. Wessen sollten auch die Behörden eingedenk sein und den Zeitungsbetriebern unbedingt die Existenzmöglichkeit schaffen. Eine Abhilfe fördernde Eingabe an den Reichskanzler wurde von der Versammlung einstimmig gutgeheißen.

Begriff Suda. Die am 13. Januar abgehaltene Bezirksversammlung war aus allen Bezirkssorten vollständig besucht. Die Versammlung besetzte sich mit der gegenwärtigen Papiernot und Papierverföhrung. Nach einem Referat des derzeitigen Bezirksvorstehenden Jacob gelangte eine Resolution zur Annahme, in der u. a. betont wird, daß die Verarmellen von der herrschenden Papier-not überzeugt sind und schnelle und dringliche Abhilfe fordern, da man sonst eine drohende Gefahr für das Buch-druckgewerbe erblicken müßte. Die Versammlung beauf-tragte den Bezirksvorstand, in einer Eingabe an den Reichs-kanzler die Gründe der Papierkatastrophe vorzutragen und um schnelle und durchgreifende Abhilfe zu ersuchen. Die Versammlung erwartete von der Reichsregierung, daß sie Mittel und Wege finde, um der herrschenden Papiernot und Papierverföhrung ein Ziel zu setzen. Nach Erledigung einiger Interna fand die Versammlung ihr Ende.

F. Götta. Die am 12. Januar abgehaltene Orts-vereinsversammlung beschäftigte sich nach Erledigung einiger übriger Angelegenheiten auch mit der allenfalls im Reich bestehenden Papiernot und -verföhrung. Vorsitzender Eckhöfer schilderte in eindringlicher Weise die sich stetig noch steigenden Schwierigkeiten in der Papierverföhrung und wies darauf hin, welche Gefahren eine weitere Einschränkung im Papierverbrauche für die

Existenz der Gehilfen mit sich bringen müßte. Die Ver-sammlung beschloß einstimmig, eine Eingabe an den Reichskanzler zu richten und darin um bessere Belieferung der Druckereien mit Papier sowie um Maßnahmen zu er-suchen, die den Fortbestand der Buchdruckereien und somit auch die Existenz der Gehilfen sichern.

Theob. Am 13. Januar fand hier selbst eine außer-ordentliche Ortsvereinsversammlung wegen der Papiernot statt, an welcher sich auch sämtliche Prin-zipale und Hilfsarbeiter beteiligten. Die Versammlung beschloß einstimmig, eine Eingabe an den Reichskanzler, worin dieser ersucht wird, Mittel und Wege zu finden, um eine bessere Verföhrung der Druckereien mit Papier sicher-zustellen.

Hünzburg. Am 13. Januar fand hier eine öffent-liche Versammlung statt, die sich mit der herrschenden Papiernot beschäftigte. Am Schluß wurde eine Reso-lution an den Reichskanzler abgefaßt, die eine baldmöglichste Förderung der Papieranfertigung und damit bessere Belieferung der Druckereien mit Druckpapier fordert, damit dem Niedergange des graphischen Gewerbes Einhalt geboten und eine Arbeitslosigkeit durch Schließung von Druckereien nicht hervorgerufen wird.

Mühlhausen i. Th. Der hiesige Ortsverein hielt am 12. Januar seine diesjährige Hauptversammlung ab. Im Vordergrund stand die Debatte über den seitens der Papierfabrikanten und -händler betriebenen Wucher und die durch ungenügende Maßnahmen der Reichsleitung erzeugte Papiernot, welche zu einer eingehend begründeten Ein-gabe an den Reichskanzler führte. Das Weiteren nahm die Versammlung Stellung zu einer Streikfrage innerhalb des Gaus und stellte sich dabei auf den Standpunkt des Gauerwalder Referats. Nachdem die Jahresberichte erstattet worden waren, wurde der Vorstand, welcher außer dem Vorstehen- den in letzter Zeit zum Militärdienst eingezogen wurde, ergänzt.

Neurode. Die hier abgehaltene Professeverlam-mung wegen der Papiernot war von Buch- und Stein-druckern gut besucht. Die Resolution an den Reichs-kanzler fand nach Änderung eines entsprechenden Referats des Vorstehenden einstimmige Annahme.

Neustreff. Unsere Generalversammlung am 12. Januar hatte wieder einen schwachen Besuch aufzu-weisen. Wenn man bedenkt, daß im verfloßenen Jahre nur vier Versammlungen abgehalten wurden, die durch-schnittlich von zwei Dritteln der noch am Ort anwesenden 27 Mitglieder besucht waren, so kann man dies nur als Interesslosigkeit bezeichnen. Hoffen wir, daß es in neuen Jahre besser wird! Unter den Gabnen stehen augenblick-lich 23 Kollegen, von denen ein Kollege ein Opfer des Krieges geworden ist. Die Gauerwalder Eingabe an die Kriegsregierung (13) konnte auch in diesem Jahre um 4 M. durch den Ortsverein erhöht werden. Die neue Steuerungs-zulage ist statt bewilligt worden.

Roßla. In der am 13. Januar abgehaltenen Generalversammlung des hiesigen Ortsvereins er-käufte der Vorsitzende Fröber den Jahresbericht. Bis jetzt wurden 1767,50 M. an Kriegskosten und -müßter aus der Ortsvereinskasse gezahlt. In den Vorstand wurden die selbst mitwirkenden Kollegen bis auf einen, der eine Wiederwahl ablehnte, wiedergewählt. Der Beitrag zur Ortskasse wurde in vorjähriger Höhe behalten, jedoch die Unterhaltung an die Familien unserer Feldgrauen um 1 M. pro Quartal erhöht. Gegen die Papiernot wurde die Ablehnung einer Eingabe an den Reichskanzler beschlossen.

Saarbrücken. Die am 13. Januar unter äußerst zahl-reicher Beteiligung seitens der Prinzipale, Geschäftsleiter, Vertreter der Schriftleitenden der hiesigen Tagespresse und des Buchbinderverbandes abgehaltene Professeverlam-mung erfreute sich eines guten Besuchs. Nachdem Bezirks-vorsteher Gufendorf die Erklärungen, besonders auch die Vertreter der hiesigen Genjur- und Kriegssammststelle sowie die anwesenden Prinzipale, begrüßt hatte, ergriß der stellvertretende Gauerwalder M. Setwert (Rudwigs-hafen) das Wort zu seinem Referat über: „Die Papier-knappheit und ihre Folgen für das graphische Ge-werbe“. In längeren Ausführungen schilderte er die Ent-stehung und Ursache sowie die Folgen der Papiernot und empfahl am Schluß seiner Ausführungen die Annahme folgender Entschließung: „Die am 13. Januar 1918 in Saarbrücken im Saale der ‚Bürgerhalle‘ stattgefundene, aus allen Druckorten des Saarreviers von Prinzipalen und Gehilfen des graphischen Gewerbes zahlreich besuchte Versammlung richtet an Seine Exzellenz den Herrn Reichs-kanzler die dringende Bitte, entsprechend der Eingabe des Tarifamtes der Deutschen Buchdrucker vom 10. No-vember v. J. für umgehende Behebung der Schwierig-keiten auf dem Gebiete der Papierverföhrung bemüht zu sein. Sie hofft um so mehr auf Erfüllung dieser Bitte, als das Buchdruckgewerbe bei dem vielleicht nicht mehr allzu fernem Übergang in die Friedenswirtschaft eines derjenigen ist, die unter allen Umständen intakt und gerüstet sein müssen, um alle Bestrebungen zur Weberbelegung von Handel und Verkehr im In- und Auslande unterstützen und fördern zu können.“ Nachdem noch Herr Buchdrucker-ebfester R. Höfer namens des Bezirksvereins Saarbrücken des Deutschen Buchdruckervereins sich in zustimmendem Sinne geäußert hatte, wurde die Entschließung einstimmig angenommen. Bezirksvorsteher Gufendorf nahm die Gelegenheit wahr, den erschienenen Prinzipal-namen der Gehilfen für die überwiegenen Weihnachtsgeschenke, welche sich in Höhe von 10 bis 40 M. bewegten, Dank auszusprechen.

Schwetitz. In unserer Hauptversammlung wurde beschloßen, eine Eingabe an den Reichskanzler zu richten wegen der mangelhaften Papierverföhrung. Ein

Profes, der von dem Buchgewerbe angehörenden Personen unterzeichnet war, ist bereits abgefaßt.

Waldenburg (Schl.). Am 13. Januar fand hier im Anschluß an die Generalversammlung unseres Ortsvereins eine allgemeine Versammlung der Angehörigen des graphischen Gewerbes statt, in der Profes erhoben wurde gegen die mangelhafte Papierverföhrung und die Papierverföhrung. Es waren dazu die Kollegen aus Freiburg und Goffesberg, Lithographen und Stein-drucker der Jobstst. Müllers und Mitsgl. des Gutenberg-bundes eingeladen und erschienen. Nach einem einleitenden Referat des Einberufers, Kollegen Fißel, wurde eine Resolution einstimmig angenommen, in der entschieden Abhilfe von Seiten der Regierung verlangt wurde.

Weimar. Zu der am 13. Januar abgehaltenen Professeversammlung gegen die Papiernot war die Ge-hilfenschaft der graphischen Gewerbe von Weimar und Apolda eingeladen. Kollege Palm referierte über die jetzt herrschende Papiernot und deren Folgen für unser Ge-werbe. Eine Entschließung, die eine sofortige Änderung in der Papierverföhrung fordert, wurde einstimmig an-genommen und ist an den Reichskanzler abgefaßt worden.

Wittenberg. Am 13. Januar, vormittags 11 Uhr, hielt der hiesige Ortsverein eine allgemeine Versammlung der im graphischen Gewerbe beschäftigten Arbeiter ab, welche sich mit der gegenwärtigen Papiernot beschäftigte. Die Versammlung gab einhellig der Meinung Ausdruck, daß es höchste Zeit sei, Schritte einzuleiten, die diesem Zustand in absehbarer Zeit ein Ende bereiten können. Man schloß sich im großen und ganzen der vom Tarif-amt am 10. November abgefaßten Eingabe an. Diese Entschließung wurde sofort zur Ablehnung gebracht, mit Unterzeichneten versehen. Die sehr sachlich verlaufene Versammlung wurde mit dem Wunsch auf baldige Besserung der allgemeinen Notlage geschlossen.

Zittau. Umstände halber hielt die hiesige Mittelschicht erst am 15. Januar die Professeversammlung gegen die drohende Papiernot ab. Nach lebhaftem Meinungs-austausch über den auf den Umfang sowie den Geschäfts-betrieb immer empfindlicher wirkenden Papiermangel, unter dem die nur noch zwei hier erscheinenden Tageszeitungen besonders zu leiden haben, wurde von der Versammlung eine Entschließung angenommen, welche vom Reichskanzler dringende Abhilfe dieses Notstandes fordert.

○○○○○ Rundschau ○○○○○

Von Buchdruckern im Krtege. Von den im Felde stehenden Mittelschichten unserer Organisation erleiden das Olerns Aron; Thomas Brechtel (Donauwörth), Hei-rich Oswald (Duisburg), Franz Busch und Wilhelm Barbeke (Wittenberg), Hans Lüdemann (Eimshorn), Otto Benz (Grünstadt), Bernhard Grefendorf (Stein-schloß), Georg Kober (Ludwigssteden), Georg Muer, Simon Dircherl, Paul Fink und Peter Schnepf (Mühl-dorf a. J.) sowie Georg Richter (Neubamm). Damit haben die 4988 Verbandskollegen diese militärische Auszeichnung erhalten.

Die Buchdrucker als Schwer- und Schwerstarbeiter. In Serbit wurden die bis Ende 1917 falk alten Gehilfen, Lehrlingen und Hilfsarbeitern in Buchdruckereien be-willigsten Zulaförben und Geldkarten für das neue Jahr entzogen. Auf Eingabe des Ortsvereins und der Prin-zipale an den dortigen Magistrat wurden nunmehr die Buchdrucker als Schwerarbeiter mit einer monatlichen Zulage von 3000 g Brot und 200 g Fleisch anerkannt. — In Krefeld wurden die Stereotypen als Schwer-arbeiter anerkannt. — Die Buchdrucker in Wilmshaven-Rüfingen wurden als Schwerarbeiter an-erkannt; sie erhalten eine wöchentliche Brotzulage von 700 g.

Buchdrucker im Gerichtsdistrikt. In Erlangen wurde Kollege Wolfgang Dorn als Schöff angenommen.

Meisterprüfung. Kollege Richard Scheibe in Schwie-deberg i. A. bestand vor der Prüfungskommission in Kirch-berg die Meisterprüfung mit „Gut“.

Gasperr, Kraft- und Lichtmangel als Vermehrung der Schwierigkeiten im Druckereibetriebe. Der Zu-gaben zu der Unerträglichkeit der Papiernot sind es immer mehr geworden. Die Kohlennot in ihren zwerleihter Ursachen hat schon in den letzten Monaten weitere und ganz einschneidende Beschränkungen eines regelrechten Betriebs zur Folge gehabt. In München spielt sogar der Wasser-mangel eine Rolle mit. Die Gasperr, die bereits in Großstädten wie Leipzig besteht, unterbindet die Ge-hörmaschinenarbeit ganz bedeutend. Verschönerungen in der Arbeitszeit, wie sie früher als undenkbar galten, sind jetzt an der Tagesordnung. Wenn es dann unter Weß und Ach bis zur Drucklegung gekommen ist, gibt es häufig keinen Strom. In Großstädten ist es in diesem Winter wenigstens noch nicht zu dieser Katastrophe gekommen. Rotationsmaschinen wären dadurch ohne weiteres zum Stillstande verurteilt. Zeitungen mit Flachdruck können sich noch einigermaßen helfen — aber wie! Das „Sächsi-sche Tageblatt“ vom 18. Januar bringt eine Schilderung solcher „Vorfälle“ für seine Leser, die wir auch den unsrigen nicht vorenthalten wollen, damit sie in der sich von selbst ergebenden Geraungemeinerung auch den Lesern Anlaß zu gründlichem Nachdenken bieten, deren Wunsch es ist, mit aller Kraft für die Beseitigung derartigen schwebender Zustände zu sorgen. Noch in anderer Beziehung ist es charak-teristisch und verdient Beachtung, was wir da in ge-nanntem Blatte lesen und hier verkürzt wiedergeben:

Während wir uns in die durch die Gasperre geschaffene Lage hineinfinden müssen und durch Überstunden das Arbeitsquantum zu schaffen suchen, sitzen wir beim Ausbleiben des elektrischen Stromes völlig auf dem Trocknen. Der Saß ist mit vieler Mühe fertiggestellt und in der Presse, die Leser warten schon auf das Blatt. Wir aber warten noch immer auf den Strom, der der Presse erst das Leben einhauchen soll. Was nun?... Die Zeitung muß fertig werden, da gibt es kein Besinnen, drum müssen wir versuchen, die Presse durch Menschenkraft fortzubewegen. Willig unterwirft sich das ganze Personal dieser anstrengenden Arbeit. Das auch der Chef mitmacht, ist selbstverständlich und sei nur nebenbei erwähnt. Mittels Kurbel und an Stricken wird das Angetriebe von Presse, das nur auf Kraftbetrieb eingerichtet ist, in Gang gesetzt. Es geht, doch fragt uns nur nicht wie! Die Presse laucht, die Arbeiter heuchen, und der dicke Schweiß rinnt von der Stirn der sich Anmühenden. „Sch wollte, die Aufgabe wäre durch oder der Strom käme!“ ringt es sich verzweifelt von den Lippen so manchen Sehers. Aber der Strom kommt nicht, und so muß die harte Anochenarbeit mehrere Stunden hindurch geleistet werden. Aber Scherarbeiten sind die Buchdrucker deshalb doch nicht, wenigstens nicht in unserm Kreise. Was brauchen die Buchdrucker eine Brotzulaße! Es ist ja so leicht, fagsüßer an der nervengreifenden Sehschwäche zu arbeiten, am heißen Bleihessel zu hantieren oder in der heißaufgelächelten Luft der Seheri die Buchstaben aufzureihen, um am Abend, jezt schon formide und ruhebedürftig, noch mehrere Stunden an der Setzungs- presse abzumühen! Die Arbeit der letzten Tage können wir nicht fähig leisten. Wir müssen daher unsre Leser darauf aufmerksam machen, daß wir bei weiterem Aus- setzen des elektrischen Stromes wahrcheinlich nicht mehr in der Lage sind, das Blatt ohne Maschinenkraft fertig- zustellen; wir können dann erst weiterdrucken, wenn der elektrische Strom uns behilflich ist. Sollte dieser Fall eintreten, bitten wir schon jezt um Nachsicht. Wir tun alles, um ein rechtzeitiges Erscheinen zu ermöglichen; der Zustand, wie er aber jezt war, geht über unsre Kraft. Sollten indes einige Leser geneigt sein, ihre Arbeitskraft in den Dienst der Presse zu stellen, dann bitte, nachmittags 4 Uhr steht die Maschine zum Drucke bereit! Wer wagt es, Auktionsmann- oder Knapp? — So weist das Schwedder Blatt. Es ist wirklich nicht zu viel gesagt, wenn wir er- klären, daß die Presse am Ende ihres Lebens ist. Die Tagesstellungen aber nicht allein. Mit den Zeitschriften und dem Buchdruck überhaupt steht es eben so schlimm; nur daß es hier nicht ganz so auf die Minute drängt. Das Evangelium des Durchhaltens, das von den amtlichen Stellen immer wieder zur Sturmbeschwörung in An- wendung kommt, zieht wirklich nicht länger, wenn es nicht jezt zum Aushalten mit den eingetretenen Ver- hältnissen ist.

Unberechnete Ertragsgewinne im Buchhandel. Wie der Kriegsausbruch für Konsumanteninteressen festgelegt hat, werden jezt vielfach im Buchhandel unbedingte Ge- winne dadurch erzielt, daß ältere Bestände gangbarer Bücher, deren Neuausgaben wegen der stark gestiegenen Papier-, Tinten-, Farb-, etc. Kosten usw. Preise und der Lohn- erhöhungen mit Preisauflagen herauskommen, zu den für diese neuen Buchstellungen zu Recht bestehenden höheren Preisen verkauft werden. Die Korrespondenz „Verbrauchs- wirtschaft im Krieges“ bemerkt dazu: Ganz besonders ver- werflich ist dieser Preiswucher bei den für die breiten Schichten der Bevölkerung bestimmten Büchern und Musik- kassen. 3. B. kosten die bekannten Nummern der Minia- tur-Bibliothek statt bisher 10 Pf., jezt 15 Pf., die Schott- Musikalien statt 20 Pf. nunmehr 25 Pf., und die Reclam-

Bändchen sind von 20 auf 40 Pf. gestiegen. Da der Nutzen der Buchhändler an jedem Bändchen dieser Volksausgaben gelindert und deren Betrieb ohne Risiko ist, muß es als ganz besonders verwerflich bezeichnet werden, wenn eine Sortimentsbuchhandlung durch Verabfolgung älterer Be- stände zu neuen höheren Einzelpreisen einen Ertra- gen von 33 1/2 bzw. 20 Proz. des neuen Ladenpreises einheimft. Ein andres Beispiel: Ein Band aus der Guffen- fachschen Sammlung Deutscher Reichsgesetze, 1910 gedruckt, kostete heute statt 1,25 Mk. 1,90 Mk. Davon berechnet der Buchhändler noch 10 Proz. Steuererhöhung, so daß der Preis des Buches 2,20 statt 1,25 Mk. beträgt, also ein durch nichts gerechtfertigter Nutzen von 76 Proz. — So- weit es sich um ältere Bestände und nicht um Nachdrucke handelt, sind natürlich derartige hohe Preissteigerungen ge- eignet, beim kaufenden Publikum Unwillen auszulösen. Bei den meisten Druckerzeugnissen wird sich indes leicht feststellen lassen, ob das betreffende Heft oder Buch noch den alten Preisaufdruck trägt oder ob dieser etwa über- stempelt, übersteht oder sonstige verändert ist. Vielfach wird auch durch die Prüfung des eingedruckten Erscheinungs- jahres festzustellen sein, ob eine Übersetzung vorliegt. Daß sich das Publikum dagegen zur Wehr setzt, das müssen sich die Buchhändler, die im letzten Jahre ein brillantes Wei- nachtsgeschäft machten, schon gefallen lassen. Die Buch- händler selbst verstehen ja auch sehr genau zu rechnen. Mancher unserer Prinzipale könnte davon ein Niddchen singen, und auch die Buchdruckergehilfen haben es noch nicht vergessen, das gerade die Buchhändler im Jahre 1916 verlangten, vor der Bewilligung von Steuererzulagen an die Gehilfen gehört zu werden. In welchem Sinne, darüber besteht bei uns nach früheren Erfahrungen kein Zweifel.

Besprechung zwischen Gewerkschaften und Kriegs- ernährungsamt. Ende voriger Woche fand im Kriegs- ernährungsamt eine Besprechung zwischen Vertretern der Arbeiterschaft mit der Leitung des Amtes über Ernährungs- fragen statt. Wie das „Berliner Tageblatt“ hört, haben sich die Arbeitervertreter mit den Vereinbarungen, die kurz vorher mit den Vertretern der Großindustrie im Kriegs- ernährungsamt getroffen wurden, einverstanden erklärt. Der Schleichhandel soll energisch bekämpft und die Preis- treibereien der Großindustrie und einzelner Kommunen nach Möglichkeit eingedämmt werden. Vom Kriegs- ernährungsamt wurde versprochen, daß die Arbeiter auf legalem Wege die Mengen Lebensmittel erhalten sollen, die sie zur Erhaltung ihrer Leistungsfähigkeit gebrauchen.

Zur Besteuerung der Steuererzulagen in Sachsen. Mitte voriger Woche gelangte der Entwurf eines Gesetzes zur Milderung des Einkommensteuererleges, der in der Hauptsache die Besteuerung der Steuererzulagen vorlieht, zur Vorbereitung. Ein konservativer und ein national- liberaler Redner äußerten verschiedene Wünsche in Steuer- fragen, die durch die vorliegenden Entwurf nicht berück- sichtigt wurden. Der sozialdemokratische Abgeordnete August Jander übernahm die Formulierung des Steuererleges auf der Grundlage der Gerechtigkeit. Er verlangte weiter- die Beseitigung der Härten und den Ausbau des so- genannten Kinderparagrafen. Im übrigen sei die jezt vorgeschlagene Regelung der Besteuerung der Steuererzulagen gegenüber dem Verfahren in Preußen vorzuziehen, denn es werde in Sachsen wenigstens der Zustand der Gleichmäßigkeit erreicht. In Preußen müssen jezt die Arbeiter und Privatangestellten ihre Steuererzulagen versteuern, während die den Staatsbeamten und Staats- arbeiter gewährten Steuererzulagen steuerfrei bleiben. Von der Regierung müsse eine Erklärung abgegeben werden, daß nicht beabsichtigt sei, die von der Kriegs-

fürsorge außer der Kriegsunterstützung — die ja steuerfrei sei — gegebenen sonstigen Beihilfen sowie die Unter- stützungen des Vereins „Heimatbank“ nicht in die Steuer- pflicht einzubeziehen. Nachdem noch ein freimüthiger Ab- geordneter sich der Beamten angenommen und dadurch eine regelrechte Beamtendebatte entzündet hatte, ging der Steuererlegentwurf zur Weiterberatung an die Finanz- deputation.

Briefkasten.

A. B. in D.: Für gefl. Angaben idbl. Dank. — **A. P. aus R.:** Was wir da als Situationsbericht über landwirthliche Gemüthe mit dazu- gehörende Marginalien erhalten haben, ist wohl für die wieder auf- blühende Gemüthe in der „Reichen“ bestimmt, während die Schulgemüthe uns gilt. Es kommt aber alles an den Mann. Haben uns so vorweg freuen können. — **D. M. in R.:** Findet Mit- nahme. — **F. F. in R.:** Es bedarf noch eines solchen Sinneles. — **G. R. in R.:** Bei nächster Besetzung mit der Papierart wird Ihr Schreiben zweckmäßige Verwendung und dafast Überweisung nach Berlin finden. Diesmal ließ es sich nicht mit verarbeiten. — **S. P. in R.:** Im Briefkasten der Nr. 6 hat dieser Betriebsunsall schon Aufklärung gefunden. — **Chr. Z. in R.:** Mittheilungen 2 und 3 teils nicht verwendbar, teils überholt; die erste kommt, weil keine eigene Buchdruckerfrage, in die „Reichen“ nicht. — **D. G. in R.:** Die Mitarbeiterprüfung im Buchdruckgewerbe von Hindl. Zu beziehen durch Kollegen G. Siegl, Leipzig, Altmarkt 17 B. — **W. S. in R.:** Karlsruhe: 3,50 Mk.

Verbandsnachrichten
 Verbandsbureau: Berlin SW 29, Chamissostr. 5 II.
 Fernsprecher: Amt Kurfürst, Nr. 1197.

Polen. Der Seher Walter Wäse (Hauptbuch- nummer 107574), geboren in Polen am 23. April 1884, wird aufgefordert, sofort seine Adresse dem Posener Vor- stande mitzuteilen. Die Funktionäre werden erlucht, eventuelle Mittheilungen über den Aufenthalt des W. dem Kassierer Hermann Grabl, An der Grabenpforte 6 p., zu machen.

Adressenveränderungen.

Königsberg (Preußen). Vorherrscher: Christian Hannes, Schalk- hauer Straße 57 I.; Kassierer: Gustav Schäbe, Münzberger Straße 12.
Brandenburg (Ostl.). Vorherrscher: Adam Bär, Wallstraße 28. Kassierer: P. Walzech, Kirchplatz 6.
Sagen i. B. Vorherrscher: L. Lorenz, Alndstraße 24.

Zur Aufnahme gemeldet

(Einwendungen innerhalb 14 Tagen an die beigelegte Adresse):
 Im Gau Rheinland-Westfalen die Seher I. Oswald Selbach, geb. in Lützencheid 1873, ausgel. daf. 1893; war schon Mitglied; geb. in Bären 1881, ausgel. daf. 1898; war noch nicht Mitglied. — Emil Albrecht in Köln, Gereonshof 28.

Veranstaltungskalender.

Regio. Kurort Kurbader Hauptversammlung Sonntag, den 27. Januar, abends 7 1/2 Uhr, im „Grabenstein Vereinshaus“.
Hilffelder. Maschinenlehre-Hauptversammlung Sonntag, den 27. Januar, vormittags 10 1/2 Uhr, im „Karlshöfer Hof“, Karlshof.
Magdeburg. Maschinenlehre-Generalsversammlung Sonntag, den 26. Januar, abends 7 1/2 Uhr, im „Boden- steiner“, Breiweg 168 II.
Polen. Hauptversammlung Sonntag, den 26. Januar, abends 8 Uhr, im „Sächsischen Hof“, Breslauer Straße 15.
Wilm-Neumark. Generalsversammlung Sonntag, den 27. Januar, nachmittags pünktlich 3 Uhr.
Wittenberg (Salto). Generalversammlung Sonntag, den 26. Januar, abends 8 1/2 Uhr, im Restaurant „Zur Granate“, Bürgermeisterstraße.
Zwickau. Maschinenlehre-Bezirksversammlung Sonntag, den 27. Januar, nachmittags 3 Uhr, im „Goldenen Becher“, äußere Leipziger Straße.

Maschinen- und Anzeigenseher
 ebenso ein [108.]
Monotypsetzer
 (D-Zetter) in dauernde Stellung gesucht. An- gebote, die Lohnforderungen enthalten, an **A. Nagel, Düsseldorf 112.**
Schiffseher
Linothypsetzer
Maschinenmeister
 gesucht. Angebote schriftlich mit Gehaltsforde- rung erheben. [128]
Gustav Siffenfeld, Hofbuchdrucker, Berlin W 8, Mauerstraße 43/44.
Typographseher
 für Verkauf such.
Gustav Selig, Hofbuchdrucker, Rangenstraße. [119]
 Zum möglichst sofortigen Eintritt tüchtiger
Maschinenmeister
 und einige
Schiffseher [126]
 gesucht.
 Buchdrucker der „Landeszeitung“,
 Neustreitz i. Meckl.
 Tüchtiger
Maschinenmeister
 militärisch, in Werks- und Autotypdruck Gütes- icssend, in dauernde Stellung gesucht. [129]
Serrée & Rebling, Steftin.
Maschinenmeister
 zum möglichst baldigen Eintritt in dauernde Stel- lung gesucht. [130]
Cerhardtsche Hof- und Ratsbuchdruckeri, Wismar i. W.

Maschinenmeister
 im Werdruck bewandert, sofort gefücht. An- erboten mit Gehaltsansprüchen erheben. [5]
Priegerische Hofbuchdrucker, Altenburg (S.-M.).
 Tüchtiger
Maschinenmeister
 für sofort gefücht. [117]
„Der Holzmarkt“, Berlin SW 68.
 Wir suchen zum baldigen Eintritt einen militär- irelen [127]
Kotationsmaschinenmeister
 für 64 seitige A. & B. Bierrollenmaschine und 32 seitige Flugburger Zweifrollenmaschine oder einen tüchtigen Flachdrucker
 der sich zum Rotationsmaschinenmeister ausbilden möchte. Angebote erheben wir mit Bild und Zeug- nisschreiben sowie der bisherigen Tätigkeit, des Eintrittstermins und der Lohnforderung.
W. Girardet, Verlag der „Villener Nachrichten“ („Villener Nachrichten“, Düsseldorf, Schleichstr. 478.

Maschinenmeisterverein
Hamburg-Altonaer Buchdrucker.
 Sonntag, den 27. Januar, nachmittags 3 Uhr, im Vereinslokal (C. Wils), Kleine Rosenstraße 16:
Generalversammlung.
 Tagesordnung: 1. Vereins- mittheilungen; 2. Jahresrechnung; 3. Wahl des Vorstandes und der Revisorat; 4. Wahl der Rech- nungskommission; 5. Vortrag des Vorsteher; 6. Väter: Die Zentralkommission im Krieges; 6. Rechnungs; 7. Verschiedenes. [123]
 Der Vorstand.
 Um die Adressen untrer im Felde stehenden Mitglieder an Eug. Bollger, Hamburg 1, Bührer- posten 14 IV, wird freundlichst gebeten.

„Typographia“ Berlin
 Sonntag, den 27. Januar:
Herrenpartie
 nach Weidmannsfehl, Schulgenoss. Treffpunkt: Steffler Borovichof, U- fahrt: 8,49 Uhr. Frühkuch: Weidmannsfehl. Restaurant Lindenbecher; Mittag: Schulgenoss, dafelbst auch Kasse.
 Zahlreicher Beteiligung steht entgegen [131]
 Der Vorstand.

Maschinenseherausbildung
 Sonderkurse an Typographmaschinen
Handwerker- und Kunstgewerbeschule
 - Abteilung Graphische Fachschule - Barmen
Reichenhaff & Friedl, Mainz, Mainstraße 30.

Wiederum hat der Völkerring drei liebe Kollegen aus unsern Reihen gefordert. Es starben an ihren erlittenen Verwun- dungen der Druckereteotypur [125]
Reinhardt Höh
 aus Karlsruhe, der Drucker
Albert Stirn
 aus Karlsruhe und der Seher
August Gleichmann
 aus Bruchal.
 Ein ehrendes Andenken wird ihnen bewahrt.
Bezirks- und Ortsverein Karlsruhe.

In dem Völkerring fiel unser Kollege, der Maschinensehher [124]
Wilhelm Schülten
 aus Schopploch.
 Wir werden das Andenken des so jung ge- fallenen, lebenswürdigen Kollegen immer in Ehren halten.
Bezirks- und Ortsverein Duisburg.

Am Freitag, dem 18. Januar, verschied nach längerem Leiden unser lieber Kollege, der Seher [132]
Paul Kios
 aus Eibersfeld, im Alter von 34 Jahren.
 Wir betrauern den Tod dieses braven Kollegen aufrichtig und werden seiner Rie- ehrend gedenken.
Ortsverein Eibersfeld.

Am Freitag, dem 11. Januar, verschied nach kurzem Krankenlager unser lang- jähriger Mitarbeiter, Freund und Kollege, der Schiffseher [133]
Emil Schreiber
 im 47. Lebensjahre.
 Ein ehrendes Andenken bewahrt ihm Berlin, 19. Januar 1918
 Das Personal der Firma **Dise v. Kellen, Berlin.**